

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Die demokratische Opposition in Ungarn im Aufwind?

HEINZ ALBERT HUTHMACHER

Februar 2013

- Zum Jahreswechsel 2012/2013 macht sich unter den ungarischen Sozialisten der MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) eine Aufbruchsstimmung breit, den Regierungswechsel bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2014 herbeizuführen. Wählerumfragen bestätigen den Aufwärtstrend.
- Zu der positiven Entwicklung hat die 2012 stattgefundene personelle und inhaltliche Modernisierung der MSZP entscheidend beigetragen. Der junge Parteivorsitzende Attila Mesterházy wurde im März in seinem Amt bestätigt und stieß eine Profilschärfung der Partei durch eine lange überfällige Programmdebatte an. Ergebnis dieser war die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms im Sommer, das besonders im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik Alternativen zum Regierungskurs formuliert.
- Damit die Ablösung des Orbán-Regimes gelingen kann, muss die MSZP aber auf Kooperation mit den anderen politischen Kräften der demokratischen Opposition setzen. Obwohl die demokratische Opposition fragmentiert bleibt, haben Ende 2012 erste Gespräche zur Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen 2014 stattgefunden.

Zum Jahreswechsel 2012/2013 macht sich unter den ungarischen Sozialisten eine für viele Beobachter überraschende, geradezu euphorische Aufbruchsstimmung breit. Sie steht in einem auffallenden Kontrast zur blutleeren Wahlkampagne 2010, die mit einer desaströsen Wahlniederlage der von 2002 bis 2009 regierenden **MSZP** (Ungarische Sozialistische Partei) und dem übertragenden Wahlsieg Viktor Orbáns und einer absoluten Zweidrittelmehrheit seiner Partei **FIDESZ** (Ungarischer Bürgerbund) im April 2010 endete.

Mit diesem politischen Klimawandel in den Reihen der damaligen Wahlverlierer wächst zugleich ihre Zuversicht, in etwas über einem Jahr an die Macht zurückzukehren. Insbesondere für den MSZP-Parteivorsitzenden Attila Mesterházy gibt es nicht nur gute Gründe, sondern auch eine reale Chance für einen Regierungswechsel in Ungarn und damit zur Ablösung von Ministerpräsident Viktor Orbán bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2014. »Die ungarischen Sozialisten haben ihre Position als wirkliche Alternative zu FIDESZ (d. h. der Regierungspartei) zurückgewonnen und bis Ende des Jahres wird klar sein, dass die heutige Regierung die Wahlen 2014 verlieren werden.« Mit dieser Aussage in einem längeren Interview der staatlichen Nachrichtenagentur MTI im Januar 2013 hat der MSZP-Vorsitzende Attila Mesterházy das neue Selbstbewusstsein seiner Partei unterstrichen.

MSZP auf Modernisierungskurs

Auch wenn dabei eine gehörige Portion politischer Hoffnung im Spiel ist, scheint die Siegeszuversicht des Oppositionschefs, der im Jahresverlauf deutlich an politischer Statur gewonnen hat, nicht völlig unbegründet. In der Tat verspüren die ungarischen Sozialisten nach rund zweieinhalb Jahren in der Opposition zum Jahresende 2012 deutlichen Rückenwind. Der im Juli 2010 zum neuen Parteichef gewählte Attila Mesterházy hatte die Partei nach der herben Wahlniederlage im April 2010 in einem niedergeschlagenen und zerstrittenen Zustand übernommen, der Zweifel aufkommen ließ, ob die MSZP politisch überleben würde. Doch nach dem freiwillig-erzwungenen Austritt des Ex-Parteichefs Ferenc Gyurcsány und der Gründung einer eigenen Partei **DK** (Demokratische Koalition) im Herbst 2011 waren die anhaltenden innerparteilichen Fronten aufgelöst und der Weg frei für eine Konsolidierung und Erneue-

erung der MSZP. Der mit 38 Jahren vergleichsweise junge Partei- und Fraktionsvorsitzende Mesterházy trieb diesen Prozess der personellen Erneuerung mit großer Entschlossenheit voran und verdrängte dabei viele Vertreter der älteren Generation aus der Partei- und Fraktionsspitze.

Der Modernisierungskurs des Parteivorsitzenden fand auf dem Parteitag im März 2012 die Zustimmung der großen Mehrheit der Delegierten, die Mesterházy in seinem Amt bestätigten. Damit waren zugleich alle restlichen Zweifel über die künftige Nummer eins an der Parteispitze beseitigt. Auf Vorschlag Mesterházy's wählte der Parteitag zudem eine überwiegend junge Parteiführung für die kommenden zwei Jahre. Im neuen zwölfköpfigen Parteivorstand liegt der Altersdurchschnitt der Mehrheit der Mitglieder unter 40 Jahren.

Nach Klärung der innerparteilichen Machtverhältnisse stieß der junge Parteivorsitzende ab Sommer 2012 eine neue, längere Zeit eher brachliegende Programmdebatte innerhalb der MSZP an, in die auch parteinahe Stiftungen und unabhängige Think Tanks miteinbezogen wurden. Sie schärfte das eher ausdruckslose Profil der Partei vor allem zur Beschäftigungs-, Bildungs-, Kommunal-, Agrar- und Regionalpolitik und erarbeitete erste Grundlagen für ein zukünftiges Regierungsprogramm zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Mit Maßnahmen wie der Wiedereinführung eines dreistufigen progressiven Steuersystems bei gleichzeitiger Abschaffung der *Flat Tax* (einstufiger Einkommenssteuertarif) und der 2010/2011 durch die Orbán-Regierung eingeführten Sondersteuern für Banken, Energie- und Telekommunikationsunternehmen sowie für Handelsketten will eine künftige MSZP-Regierung die gravierendsten Fehler der Wirtschaftspolitik Orbán korrigieren und Vertrauen bei in- und ausländischen Investoren durch stabile und verlässliche Rahmenbedingungen zurückgewinnen. Die Einnahmeseite des Staates soll u. a. durch eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften gestärkt werden. Eine Rückkehr zu einer Politik der massiven Staatsausgaben ohne Gegenfinanzierung und damit zu den eigenen Fehlern der Vergangenheit schließt das MSZP-Programm nachdrücklich aus. Deutliche Lohn- und Rentenerhöhungen wird es danach in einer MSZP-geführten Regierung ohne solide Gegenfinanzierung nicht geben. Auch für sie stehen die Konsolidierung des Haushalts und der staatliche Schuldenabbau an erster Stelle.

MSZP gewinnt Wähler zurück

Mit seinem Kurs der personellen und inhaltlichen Erneuerung der einstigen Regierungspartei (und einem neuen Partei-Logo) ist es Attila Mesterházy 2012 gelungen, die MSZP weiter zu stabilisieren und teilweise neu aufzustellen. Doch der Weg zur Rückkehr an die Macht ist noch weit: Er kann nur gelingen, wenn das bei der Wahl 2010 massiv verloren gegangene politische Vertrauen bei den Stammwählern zurückgeholt und die erneuerte Partei zugleich auch wählbar wird für die konstant hohe Zahl der Nicht- bzw. Wechselwähler (im Jahresverlauf 2012 ca. 60 Prozent bzw. 2,5 Millionen Wähler).

Die Umfragewerte 2012 zeigen, dass sich dabei erste – begrenzte – Erfolge einstellen. Danach ist es Mesterházy gelungen, seine Partei konstant aus dem Umfragetief der Jahre 2010/2011 herauszuführen. Zum Jahresende lag die Zahl der MSZP-Anhänger bei rund 1,3 Millionen. Dies bedeutet einen Zuwachs von einem Drittel gegenüber 2010. Damit nähern sich die Sozialisten der über zwei Jahre lang mit großem Abstand führenden FIDESZ-Partei (wieder) an, die im gleichen Zeitraum fast 1,3 Millionen Anhänger verloren hat und zum Jahresende fest nur noch mit rund 1,5 Millionen Wählern rechnen kann. Sie sind vor allem in das große Lager der Nicht-Wähler abgewandert. Zugewinne konnte die MSZP seit 2010 vor allem bei Stammwählern aus dem Nordosten Ungarns, bei den über 50-Jährigen und in den Großstädten verzeichnen. Weiterhin schwach dagegen ist sie in Westungarn und insbesondere bei den unter 35-Jährigen. Selbst die kleine grün-liberale **LMP** (Die Politik kann anders sein) und die rechtsextreme Partei **Jobbik** (Bewegung für ein besseres Ungarn) finden unter den jungen Wählern eine höhere Unterstützung – ein deutliches Zeichen auch dafür, dass den neuen jungen MSZP-Vorstandsmitgliedern noch das persönliche Charisma und die mediale Präsenz fehlen, um den personellen Kurswechsel der Partei für jüngere Wählerschichten glaubwürdig zu machen. Insgesamt jedoch zeigen auch die Ergebnisse zur »Sonntagsfrage« des seriösen und regierungsunabhängigen IPSOS-Instituts vom Dezember 2012 ein für die MSZP durchaus erfreuliches Bild. Danach liegt die FIDESZ-Partei mit rund 40 Prozent zwar weiterhin klar vorne, gefolgt aber von den Sozialisten, die mit 32 Prozent eindeutig den zweiten Platz einnehmen. Der rechtsextremen Jobbik-Partei würden immer noch rund 14 Prozent, der grün-liberalen LMP sechs Prozent und der DK-Partei rund zwei Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme geben.

Entwicklungen im Oppositionsspektrum

Für ein Wahlbündnis fallen die kleineren Parteien als MSZP-Partner nicht nur aus arithmetischen, sondern vor allem politischen Gründen jedoch aus: Eine Kooperation mit den Rechtsextremen verbietet sich von selbst und wird von der MSZP-Führung auch nicht ansatzweise erwogen. Die intern in dieser Frage zerstrittene LMP hat sich unter ihrem auf dem November-Kongress der Partei neu gewählten Vorsitzenden András Schiffer, der jeglichen Kontakt sowohl zur FIDESZ als auch zur MSZP ablehnt, selbst aus dem Rennen genommen und will es als »eigenständige Kraft« versuchen. Im Januar 2013 hat sich die LMP aufgrund der internen Auseinandersetzungen um die Teilnahme an einem Wahlbündnis allerdings gespalten und verlor im Februar aufgrund der Abspaltung von sieben Parlamentariern ihren Fraktionsstatus im derzeitigen Parlament. Die DK ist politisch zu unbedeutend und wird es bleiben, solange sie von ihrem Gründungsvater Ferenc Gyurcsány angeführt wird. Dieser hatte 2012 durch eine Reihe von populär-populistischen Protest-Aktionen gegen die Orbán-Regierung (u. a. Selbstankettung vor dem ungarischen Parlament) versucht, sein schlechtes Image aus der Regierungszeit 2004 bis 2009, zu dem eine gescheiterte Reformpolitik sowie die »Lügenrede« aus dem Jahr 2006 (»Wir haben unsere Wähler belogen, von vorne bis hinten«) massiv beigetragen haben, zu korrigieren. Ohne Erfolg.

Gordon Bajnai, der parteilose Nachfolger Ferenc Gyurcsánys im Amt des Premiers von 2009 bis 2010, der sich in seiner kurzen Regierungszeit als erfolgreicher Krisenmanager erwiesen hatte, ist 2012 mit viel Applaus in die ungarische Politik zurückgekehrt. Seit seiner Budapest-Rede vor rund 70.000 begeisterten Zuhörern zum Nationalfeiertag am 23. Oktober gilt Bajnai unter vielen nicht-sozialistischen Orbán-Gegnern als neuer Hoffnungsträger. Mit großer rhetorischer Überzeugungskraft verband Bajnai eine schonungslose Abrechnung mit dem amtierenden Premier (»Orbán hat das Rückgrat der Demokratie in Ungarn gebrochen, Wirbel für Wirbel«) mit seiner Zukunftsvision für ein »neues Ungarn«. Das derzeitige »System der Dominanz« müsse durch eine »Koalition der Wähler« und mit einem möglichst breiten und alle demokratischen Kräfte umfassenden Wahlbündnis beendet werden.

Dem Aufruf Gordon Bajnais zur demokratischen Geschlossenheit folgte nur kurze Zeit später die Gründung eines neuen Bündnisses unter dem Motto **Gemeinsam**

2014. Dazu gehören die beiden 2011 aus Protest gegen die Orbán-Politik entstandenen Zivilbewegungen **Milla** (Eine Million für die Pressefreiheit) und die aus den Gewerkschaften entstandene **Szolidaritás** sowie die von Gordon Bajnai nach seinem Rücktritt gegründete Stiftung **Heimat und Fortschritt**. Nach jüngsten Umfragen vom Jahresende könnte das Bündnis **Gemeinsam 2014** bei den nächsten Wahlen zwischen zehn und zwölf Prozent der Stimmen erreichen. Dies ist nur drei Monate nach Gründung ein respektables Ergebnis. Politischen Zulauf erhält das Bündnis zum einen aus den Reihen enttäuschter Orbán-Wähler aus dem Jahr 2010. Kaum verwunderlich daher, dass die Orbán-Regierung eilig ein neues Gesetz verabschieden ließ, nach dem 2014 nur noch Parteien – keine Wahlbündnisse – zur Wahl antreten dürfen. Andererseits fühlen sich offensichtlich aber auch MSZP-Wähler von Bajnai angezogen. Sie stellen nach vorliegenden Umfragen rund 20 Prozent der bündnistreuen Anhänger. Mit Blick auf die nächsten Parlamentswahlen könnte Gordon Bajnai damit nicht nur zum Herausforderer für Viktor Orbán, sondern auch für Attila Mesterházy um die Position eines gemeinsamen Spitzenkandidaten der Opposition werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich **Gemeinsam 2014** zu einer eigenen Partei unter der Führung von Bajnai konstituieren sollte, womit zu rechnen ist. Ihre wichtigste Aufgabe wäre es, eine flächendeckende Infrastruktur und Organisation aufzubauen, um einen schlagkräftigen Wahlkampf zu führen. Die Zeit dafür aber drängt – ebenso wie für eine Verständigung mit der MSZP und den anderen demokratischen Oppositionskräften.

Herausforderungen für die demokratische Opposition

Bislang eint die demokratische Opposition in Ungarn lediglich der Wille zur Ablösung Viktor Orbáns und seiner »Ein-Parteien-Herrschaft« bei den nächsten Parlamentswahlen 2014. Erste Gespräche zur Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen – allerdings ohne Beteiligung der LMP – haben im Dezember 2012 jedoch begonnen. Dabei werden inhaltliche Fragen (z.B. über eine neue Verfassung) diskutiert und Möglichkeiten für die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten in den – nach einem neuen Wahlgesetz 2012 – nur noch 106 Wahlkreisen ausgelotet. Zum Abschluss der Gespräche, die bereits jetzt wie Koalitionsverhandlungen verlaufen, soll im Herbst 2013 der Spitzenkandidat für die Wahl 2014 nominiert werden. Zum Jahresende 2012 kann er aus Sicht der MSZP allerdings nur Attila Mesterházy heißen, der auch die Führung der Gespräche als stärkste Oppositionskraft für seine Partei beansprucht. Für den erstarkten MSZP-Vorsitzenden wäre ein Wahlbündnis unter Führung Gordon Bajnais nur dann vorstellbar, wenn es Bajnai tatsächlich gelingen sollte, die von ihm anvisierten Wählerschichten der Mitte (ehemalige Orbán-Wähler sowie die hohe Anzahl unentschlossener Wähler) anzusprechen und damit für die MSZP bisher nur schwer erreichbare Wählerschichten aus dem Mitte/Mitte-Rechts-Spektrum zu gewinnen. So oder so, die MSZP steht vor einem entscheidenden Jahr: Ohne sie wird es keine Ablösung des Orbán-Regimes geben. Aber allein wird es der kämpferische Parteichef Attila Mesterházy auch mit seiner erneuerten MSZP nicht schaffen können, die Wahl 2014 zu gewinnen.



Über den Autor

Heinz Albert Huthmacher ist Leiter des FES-Büros in Budapest.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7744 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/gewerkschaften/publist-europa.php>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-479-2